

Bürokratiekosten | 08.03.2012 | Lesezeit 1 Min.

Kosten sind auch hausgemacht

Eine aktuelle Unternehmensbefragung der Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) Consult im Auftrag der vwb - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. zeigt, dass neue EU-Richtlinien in den Unternehmen hohe administrative Kosten verursachen.

Neue Vorschriften bedeuten neue Bürokratie. Die europäische Emissionshandelsrichtlinie etwa verpflichtet Betreiber von Anlagen, die CO₂ ausstoßen, die Menge der Emissionen zu dokumentieren. Zudem müssen sie die Zahl der nötigen Emissionsrechte ermitteln und beantragen. Dafür wiederum müssen die Betriebe entsprechende Kontrollsysteme einrichten und ihre Berichte externen Prüfern vorlegen.

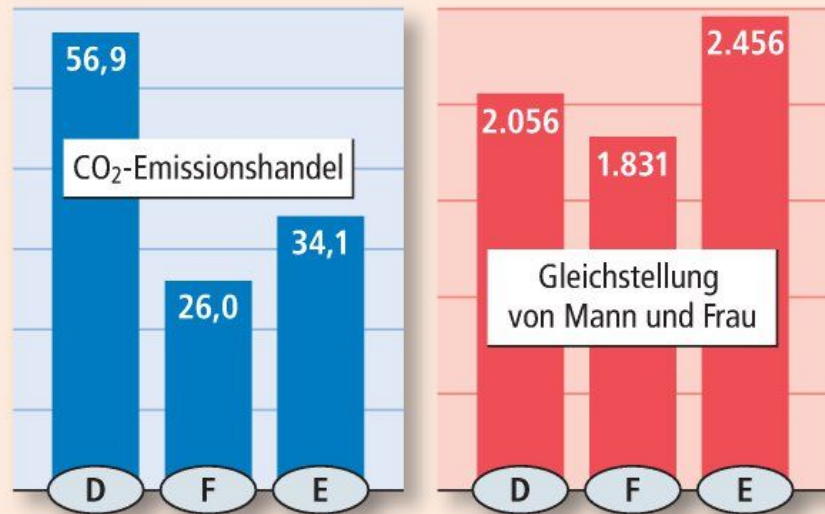
Das alles verursacht Kosten. Die IW Consult hat untersucht, wie hoch diese Aufwendungen sind. Dafür hat sie Firmen in Deutschland, Frankreich und Spanien befragt (Grafik):

Während die Bürokratie rund um die Emissionshandelsrichtlinie die Unternehmen in Deutschland jährlich knapp 57 Millionen Euro kostet, schlagen die administrativen Kosten in Frankreich mit nur 26 Millionen Euro zu Buche.


EU-Bürokratie geht ins Geld

Europäische Richtlinien werden vom Rat oder der Kommission erlassen. Ihr Inhalt muss in nationales Recht umgewandelt werden, wobei die EU-Staaten aber auch einen Gestaltungsspielraum haben.

Jährliche administrative Kosten dieser EU-Richtlinien für Unternehmen in Millionen Euro



auf Basis einer Befragung von 172 (CO₂-Emissionshandel) bzw. 1.159 Unternehmen von April bis Juli 2011; Quelle: IW Consult

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · iwd 10

Ein Grund für die Differenz ist, dass hierzulande viel mehr Betriebe von der Richtlinie betroffen sind.

Die Kostenunterschiede bei der Richtlinie zur Gleichstellung von Mann und Frau haben dagegen eine andere Ursache: Die Länder hatten hier viel mehr Spielraum. Von dieser Richtlinie sind alle Unternehmen mit mindestens einem Angestellten betroffen. Und obwohl das in Deutschland deutlich mehr Firmen sind, müssen spanische Betriebe viel höhere administrative Kosten schultern – weil Madrid beispielsweise verlangt, dass Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern Gleichstellungspläne ausarbeiten müssen.

Kernaussagen in Kürze:

- Neue Vorschriften bedeuten neue Bürokratie.

- Die Bürokratie rund um Emissionshandelsrichtlinie kostet Unternehmen in Deutschland knapp 57 Millionen Euro.
- Die Kosten für die Einhaltung der Richtlinie zur Gleichstellung von Mann und Frau liegen noch um einiges höher.